Volksrechte : Sieg der Stimmenthaltung

Autor(en): **Crivelli, Pablo**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **30 (2003)**

Heft 1

PDF erstellt am: **29.04.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-909884

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Sieg der Stimmenthaltung

Am 9. Februar haben die Schweizer Stimmbürger einer Verstärkung der Volksrechte zugestimmt. Trotzdem stand der Urnengang im Zeichen der Stimmabstinenz.

KNAPP MEHR als ein Viertel (28 Prozent) der Stimmbürger bequemte sich zur Urne, was einer der tiefsten Stimmbeteiligungen seit je entspricht. Trotzdem kann der Bundesrat zufrieden sein: Er erhält 70 Prozent der Stimmen und die Unterstützung aller Kantone.

Dank der von Volk und Ständen angenommenen allgemeinen Volksinitiative besteht künftig die Möglichkeit, Gesetze – und nicht wie bis anhin nur die Bundesverfassung – zu ändern. Die Reform bringt zudem eine Ausdehnung des Referendums bei Staatsverträgen. Der Kompromissvorschlag spaltete die Parteien: CVP und FDP unterstützten die Neuerung, die von der SP und der SVP bekämpft wurde; nach Meinung der Gegner nahm die Beibehaltung der notwendigen Unterschriftenzahl von 100 000 für das Zustandekommen einer allgemeinen Volksinitiative der Reform den Biss.

Die zweite Abstimmungsvorlage betraf ein dringliches Bundesgesetz über die Spitalbehandlung. Dieses stützt sich auf ein Urteil des Eidgenössischen Versicherungsgerichts, das einem Streit zwischen Kantonen und Krankenkassen ein Ende setzte: Laut diesem Urteil haben sich die Kantone an den Behandlungskosten von Patienten mit Zusatzversicherungen (Privat oder Halbprivat) zu beteiligen. Der geschuldete Betrag beläuft sich auf jährlich 700 Millionen Franken. Um es den Kantonen zu ersparen, diese Summe ab sofort bezahlen zu müssen, hat das Parlament einen «politischen» Kompromiss erarbeitet, der eine stufenweise Erhöhung vorsieht. Die Krankenkasse «Assura» hatte das Referendum gegen diese Lösung ergriffen, aber nur 22,65 Prozent der Stimmen erhalten.

Pablo Crivelli

Übersetzt aus dem Italienischen.

Resultate der eidgenössischen Abstimmungsvorlagen

	Volksrechte		Spital-finanzierung		Stimm-beteilig.
Kanton	JA %	NEIN %	JA %	NEIN %	in %
ZH	66,9	33,1	79,0	21,0	32,6
BE	74,4	25,6	78,8	21,2	23,7
LU	73,6	26,4	80,3	19,7	28,9
UR	57,3	42,7	70,6	29,4	31,3
SZ	63,0	37,0	73,6	26,4	36,4
OW	66,8	33,2	78,7	21,3	25,6
NW	70,9	29,1	77,2	22,8	28,4
GL	56,8	43,2	75,9	24,1	19,0
ZG	72,8	27,2	79,6	20,4	30,5
FR	77,3	22,7	75,5	24,5	21,4
SO	74,0	26,0	76,3	23,7	27,2
BS	75,6	24,4	80,4	19,6	43,2
BL	72,1	27,9	78,7	21,3	28,6
SH	56,2	43,8	77,5	22,5	52,2
AR	65,2	34,8	76,0	24,0	42,9
AI	65,2	34,8	77,3	22,7	22,6
SG	69,4	30,6	74,1	25,9	28,5
GR	70,4	29,6	80,4	19,6	19,5
AG	69,5	30,5	76,1	23,9	24,9
TG	72,9	27,1	76,0	24,0	39,2
TI	65,5	34,5	75,8	24,2	19,6
VD	75,2	24,8	69,6	30,4	30,5
VS	62,6	37,4	73,7	26,3	14,8
NE	77,2	22,8	80,4	19,6	38,7
GE	64,6	35,4	83,6	16,4	36,1
JU	75,2	24,8	72,0	28,0	21,2
Total	**70,3**	**29,7**	**77,4**	**22,6**	**28,2**

Eidgenössische Volksabstimmungen

18. Mai 2003

- Änderung des Bundesgesetzes über die Armee und die Militärverwaltung (Armee XXI)
- Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz
- Volksinitiative «Ja zu fairen Mieten»
- Volksinitiative «für einen autofreien Sonntag pro Jahreszeit – ein Versuch für vier Jahre (Sonntagsinitiative)»
- Volksinitiative «Gesundheit muss bezahlbar bleiben (Gesundheitsinitiative)»
- Volksinitiative «Gleiche Rechte für Behinderte»
- Volksinitiative «Strom ohne Atom – Für eine Energiewende und die schrittweise Stilllegung der Atomkraftwerke (Strom ohne Atom)»
- Volksinitiative «Moratorium Plus – Für die Verlängerung des Atomkraftwerk-Baustopps und die Begrenzung des Atomrisikos (Moratorium-Plus)»
- Volksinitiative «für ein ausreichendes Berufsbildungsangebot (Lehrstelleninitiative)»

Daten der nächsten Abstimmungen 2003

19. Oktober 2003 / 30. November 2003

KOMMENTAR

Schlafende Volksrechte

Die öffentliche Debatte vor der Abstimmung vom 9. Februar war flau bis inexistent. Das Resultat folgte auf dem Fusse: eine der tiefsten Stimmbeteiligungen aller Zeiten. Das lässt nichts Gutes erahnen für die Zukunft der direkten Demokratie. Dabei war eines der Motive des Parlaments für die Verstärkung der Volksrechte just der Wille, den Bürgersinn zu stärken. Die Stimmabstinenz steht dem angestrebten Ziel entgegen. Es stand einiges auf dem Spiel, ging es doch um die Ausweitung der Volksrechte, welche die Schweiz zu einem echten Spezialfall im Vergleich zu allen übrigen Demokratien machen.

Obwohl die allgemeine Volksinitiative keine revolutionäre Neuerung ist, hat die Mehrheit der Wähler dem Parlamentsvorschlag klar zugestimmt: Im Grunde kann es nicht schlecht sein, die Volksrechte zu stärken, werden sie sich gesagt haben. Die massive Stimmenthaltung zeigt jedoch eines der vielen Paradoxe des helvetischen Systems auf; die Schweizer würden um nichts auf der Welt auf das Initiativ- und Referendumsrecht verzichten, auf das sie angeblich – zumindest verbal – so stolz sind, aber gleichzeitig vermitteln sie den Eindruck, sich nur dann zur Urne zu bequemen, wenn wichtige Fragen zur Abstimmung stehen, die als entscheidend für die Zukunft des Landes angesehen werden.

Doch selbst interessante Themen reichen bisweilen nicht aus, um den Souverän zu mobilisieren: Ohne das Engagement von Bundesrat, Parteien und grossen Verbänden bleibt der Bürgersinn der Durchschnittswähler im Dämmerzustand. Die angenommene Reform wird das Problem der Stimmenthaltung nicht beheben. Um die Bürger an die Urne zu bringen, ist es nicht notwendig, die Instrumente der direkten Demokratie zu vervielfältigen; es würde genügen, die bestehenden umsichtiger zu gebrauchen, indem die Abstimmungen auf wesentliche Gegenstände beschränkt würden – vielleicht mit einer Erhöhung der erforderlichen Unterschriftenzahl – und den Wählern genügend Zeit gegeben würde, sich mit der Vorlage auseinanderzusetzen.

Pablo Crivelli